

DIE LINKE.

Kreisverband Mainz

**Für ein
soziales Mainz.**

Programm zur
Kommunalwahl 2014

Für ein soziales Mainz.

1.

Der Sozialpass:
Mobilität
und Teilhabe
für alle

Seite 5

5.

Fluglärm
macht
krank

Seite 8

6.

Öffentliche
Daseinsvorsorge
erhalten statt
privatisieren

Seite 9

10.

Verkehrswende
einleiten:
umweltfreundlich
und sozial

Seite 13

11.

Energie
in Bürgerhand

Seite 15

12.

Eine soziale
Bürgerpolitik

Seite 15

15.

Eine
weltoffene
und bunte
Stadt

Seite 18

16.

Eine
menschen-
würdige
Asylpolitik

Seite 18

17.

Ein
friedliches
Mainz

Seite 19

2.

Eine soziale
und ökologische
Wohnungs-
politik

Seite 6

3.

Lebenswerte
Mainzer
Innenstadt
statt ECE

Seite 7

4.

Mehr
kommunales
Eigentum
wagen

Seite 8

7.

Kulturelle
Freiräume
entwickeln

Seite 11

8.

Gleiche Teilhabe
für Frauen
und Männer

Seite 12

9.

Bildungs-
einrichtungen
ausbauen

Seite 12

13.

Kommunaler
Einwohner-
haushalt

Seite 17

14.

Mehr Einwohner-
beteiligung und
Mitwirkung

Seite 17

*Deshalb
am 25. Mai
DIE LINKE.
wählen!*

Für ein soziales Mainz.

– Präambel –

DIE LINKE setzt sich für eine soziale Kommune ein. Wir wollen, dass alle Menschen am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben in Mainz teilnehmen können:

- ▣ qualitativ hochwertiges Wohnen muss bezahlbar sein,
- ▣ die Stadt soll den Menschen gehören, nicht privaten Großkonzernen,
- ▣ Wohnen, Arbeiten, Kultur und Soziales sollen in einer gemischten städtebaulichen Struktur zusammenwirken,
- ▣ Mobilität muss für Jede und Jeden gewährleistet werden,
- ▣ alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf hochwertige Bildung.

Um Teilhabe unabhängig vom Geldbeutel zu gewährleisten, wollen wir einen **Sozialpass** in Mainz einführen, der sowohl den Bedürfnissen als auch den Einkommensrealitäten entspricht: der Kreis der Antragsberechtigten muss auf alle Menschen ausgeweitet, der Leistungskatalog vergrößert werden, damit mehr Menschen von den Leistungen profitieren. Die Finanzierung des Sozialpasses muss seriös und nachhaltig ausgestaltet werden.

Auf allen politischen Ebenen, insbesondere in der Kommune, sollen Menschen auch in Fragen der Finanzen, des Wirtschaftens, der Entwicklung des kulturellen Lebens und der Bildung sowie der Verwaltung unmittelbar mitwirken und mitentscheiden können.

Der Stadtrat als **kommunales Selbstverwaltungsorgan** benötigt für seine Handlungsfähigkeit eine ausreichende und verlässliche Finanzausstattung. Aus diesem Grund tritt DIE LINKE **auf der Bundesebene** für eine umfassende Gemeindefinanzreform ein, welche die Selbstständigkeit der Kommunen erhöht. Insbesondere soll die Gewerbesteuer durch eine Gemeindegewerbesteuer ersetzt werden, die auf einer breiteren Bemessungsgrundlage stabilere Kommunalfinanzen sicherstellen soll.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle **öffentliche Dienstleistungen** für Jede und Jeden erschwinglich sowie diskriminierungs- und barrierefrei zugänglich sind. Weil Ausgrenzung und Ungleichheit viele Gesichter haben und Diskriminierungen aufgrund von Religionszugehörigkeit, Behinderung, Alter, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Einkommen usw. sich oft wechselseitig verstärken, reicht eine eindimensionale Ursachenbekämpfung nicht. Wir treten dafür ein, dass die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit einen Platz in unserer Stadt finden.

Öffentliche Angebote und kommunales Wirtschaften müssen einem hohen Sozial- und Umweltstandard gerecht werden. Wir setzen uns für bessere **Informations- und Mitwirkungsrechte** der Bürgerinnen und Bürger ein. Transparenz und demokratische Mitwirkung müssen Leitlinien der kommunalen Selbstverwaltung werden, wir lehnen Politik hinter verschlossenen Türen ab!

Ziel der LINKEN ist es, das Demütigungs- und Überwachungsregime Hartz IV zu überwinden. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, die skandalösen Auswirkungen an die Öffentlichkeit zu bringen und den Menschen in Hartz-IV-Not zu helfen.

Für diese Grundsätze werden die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN auch in der kommenden Wahlperiode eintreten!

1. Der Sozialpass: Mobilität und Teilhabe für alle

Alle Mainzerinnen und Mainzer haben unabhängig vom Geldbeutel ein Recht auf Teilhabe am Alltagsleben. Dies betrifft die Bereiche Kultur, Sport, Bildung und Verkehr. In einer Welt, in der die Nutzung von Schwimmbädern, Museen, Sportvereinen sowie Bus und Bahn vom Einkommen abhängt, werden diejenigen, deren Einkommen immer weiter sinkt, an den Rand gedrängt. Dieser Trend muss gestoppt und umgedreht werden. Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht und darf nicht der Profitlogik unterworfen werden.

Deswegen setzt sich DIE LINKE in Mainz für die Einführung eines Sozialpasses ein, der den Bedürfnissen der Mainzerinnen und Mainzer gerecht wird.

Der gegenwärtig gültige Mainzer Sozialausweis entspricht diesen Bedürfnissen nicht. Er enthält etwa ein Sozialticket, das mit 54,30€ pro Monat viel zu teuer ist. Die Leistungsbemessungsgrenze liegt bei 782€ (zuzüglich Miete). Allerdings ist der Kreis der Antragsberechtigten auf Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose und Hilfeempfängerinnen und -empfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beschränkt. Menschen in Beschäftigung mit geringer Entlohnung sind nicht berechtigt. Dagegen stellen wir uns.

DIE LINKE.Mainz fordert:

- eine Ausdehnung der Antragsberechtigten auf **alle Personen, die in Mainz wohnen**,
- Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen ist der Sozialpass ohne vorherige gesonderte Antragstellung mit dem jeweiligen Bewilligungsbescheid zuzustellen,
- Einwohnerinnen und Einwohner mit geringem Erwerbs- und Renteneinkommen sowie kinderreiche Familien erhalten den Sozialpass im Bürgeramt der Stadt Mainz gegen Vorlage der entsprechenden Bescheinigung,
- der Sozialpass soll zum Kauf eines **Sozialtickets** berechtigen, das sich am ALG II-Regelsatz orientiert. Nach gegenwärtigem Stand der Dinge würde das Sozialticket etwa **18€ pro Monat** kosten. Dieses Sozialticket macht auch betriebswirtschaftlich gesehen Sinn, da die Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) dadurch profitieren wird, weil mehr Menschen Bus und Bahn nutzen. Dies zeigen die Erfahrungen mit dem Sozialpass in anderen Städten **wie etwa Köln**, wo ein Monatsticket bereits ab 26€ mit Sozialpass erhältlich ist.

Mit dem Sozialausweis sind schon heute weitere Vergünstigungen verbunden, die jedoch in vielerlei Hinsicht nicht den Anforderungen eines bedarfsorientierten Sozialpasses genügen.

Unser Konzept eines Sozialpasses beinhaltet darüber hinaus:

- die **kostenfreie Nutzung** der städtischen Büchereien und Bibliotheken sowie eine kostengünstige Nutzung von Museen, dem Stadttheater und der Volkshochschule,
- eine **Subventionierung** von Mitgliedschaft etwa in Sportvereinen, Karnevalsvereinen oder die Nutzung von Schwimmbädern,
- **Fahrradverleihstationen** sollen von Inhaberinnen und Inhabern des Sozialpasses in der ersten Stunde kostenfrei genutzt werden können,
- Veranstaltungen des städtischen Jugendamtes sollten grundsätzlich kostenfrei gestellt werden,
- der Sozialpass soll als Einlasskarte für das Open-Ohr-Festival gelten,
- alle Vergünstigungen müssen familientauglich ausgestaltet werden.

Von unserem Modell eines Sozialpasses profitieren nicht nur die bereits Antragsberechtigten, sondern auch andere Gruppen wie etwa Erwerbspersonen oder Studierende (sofern in Mainz gemeldet).

Eine Finanzierung ist durch die zusätzlich anfallenden Einnahmen sowie über die bereits bestehende Querfinanzierung durch die Stadtwerke Mainz AG problemlos möglich.

Wir gehen auf alle demokratischen Fraktionen zu, um eine gemeinsame Initiative für einen Mainzer Sozialpass zu prüfen.

2. Eine soziale und ökologische Wohnungspolitik

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis. Jede Bürgerin und jeder Bürger in Mainz hat das Recht auf eine qualitativ hochwertige, barrierefreie und bezahlbare Wohnung. Dafür setzt sich DIE LINKE im Mainzer Stadtrat ein.

Die Realität in Mainz sieht leider anders aus. Immer mehr Menschen können die Miete nicht mehr zahlen und sind deswegen auf einen Zweitjob angewiesen oder müssen die Wohnung verlassen. Bei der Suche nach einer neuen Wohnung stellen viele Mainzerinnen und Mainzer fest, dass sie für die kleinere, oft qualitativ minderwertige Wohnung kaum weniger zahlen.

Drei zentrale Probleme des Mainzer Wohnungsmarktes:

- ➡ die Mieten sind im bundesweiten Vergleich im Spitzenfeld und steigen weiter,
- ➡ es fehlt generell an Wohnraum in Mainz, besonders knapp wird es allerdings im unteren und mittleren Preissegment,
- ➡ auch der vorhandene Wohnraum ist – soweit bezahlbar – oft von überschaubarer Qualität und entspricht in vielen Fällen nicht mehr aktuellen Wohn- und Umweltstandards.

Die Mehrheitsfraktionen um Mainzer Stadtrat haben wenig bis nichts unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Anstatt eine bedarfsorientierte, umweltfreundliche und soziale Wohnungspolitik einzuleiten, setzte man mit den städtischen Gesellschaften Wohnbau und MAG auf Prestigeprojekte, Nachverdichtung und Luxuswohnungen. Zu nennen sind hier etwa die Projekte am Winterhafen und das geplante Projekt am Zollhafen.

Prestigeprojekte und Luxuswohnungen laufen den Bedürfnissen der Bevölkerung nach bezahlbaren, barrierefreien Wohnungen zuwider. Auch dürfen Sozialwohnungen wie im Bereich Zollhafen/Rheinallee nicht als „Lärmschutzwälle“ missbraucht werden. DIE LINKE setzt sich für qualitativ hochwertigen Wohnraum ein. Wir stellen uns gegen eine unkontrollierte Nachverdichtung.

DIE LINKE in Mainz tritt gegen eine profitorientierte Wohnungspolitik ein, die an den Bedürfnissen der meisten Mainzerinnen und Mainzer vorbeigeht. Wir wollen, dass Wohnungsbau sich an vier Kriterien ausrichtet: Bedarf, Umwelt- und Gesundheitsschutz, städtebauliche Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit.

Deswegen fordern wir im Einzelnen:

- ➡ die Schaffung 15.000 zusätzlicher Wohnungen im Bereich des **Sozialen Wohnungsbaus** durch Neubau, Umwidmung oder Sanierung bestehender Wohneinheiten,

- ➡ den **Neubau** von jährlich 500 Wohnungen über die nächsten 20 Jahre (insgesamt 10.000 Wohnungen). Hierfür soll die Stadt Mainz ein tragfähiges Konzept entwerfen, das den Neubau von Wohnungen ohne konzeptlose Nachverdichtung ermöglicht. Dabei soll auf die Bedürfnisse von unterschiedlichen Gruppen wie etwa Familien, Studierende, Singlehaushalte etc. eingegangen werden,
- ➡ ein energetisches **Gebäudesanierungsprogramm** für den bestehenden Wohnungsbestand. Hierfür müssen Mittel des Bundes und des Landes im Rahmen der Energiewende zur Verfügung gestellt werden. Eine Umlage der Kosten auf die Mieter muss auf 5% begrenzt werden,
- ➡ die Erstellung eines städtebaulichen Gesamtkonzepts, das ein Wohnungs- und Verkehrskonzept beinhaltet,
- ➡ neben Wohnungen sollen mehr Räume für das öffentliche Leben geschaffen werden. In allen Stadtteilen setzen wir uns für die Einrichtung und den Erhalt von **Mehrzweckhallen** und **Bürgerhäusern** ein.

Wir setzen uns grundsätzlich für **genossenschaftliche und kommunale Eigentumsformen** ein. Wohnungsbau ist für uns untrennbar verbunden mit der Entwicklung einer gemischten Stadtstruktur aus Wohnen, Leben, Kultur und Handel. Wir stellen uns gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen, Arbeitslosen und Einkommensschwachen in randständige Gebiete.

3. Lebenswerte Mainzer Innenstadt statt ECE

DIE LINKE setzt sich für eine attraktive und vielfältige Mainzer Innenstadt ein. Wir wollen Leben, Arbeiten, Wohnen und Einkaufen zu einem gemischten innerstädtischen Leben miteinander verbinden. Deswegen kämpfen wir gegen die Kommerzialisierung unserer Stadt.

Mainz gehört den Menschen, die hier leben, wohnen und einkaufen, nicht profitorientieren Großkonzernen.

Mit dem Argument mehr Kunden anzulocken, entstehen in immer mehr deutschen Innenstädten so genannte Shoppingmalls. Shoppingmalls sind gigantische Kaufhäuser, die sich weltweit ausbreiten, identisch aufgebaut sind und die immergleichen Waren anbieten. Die Mainzer Ampelkoalition wie auch die CDU befürwortet den Bau eines solchen Einkaufszentrums in der Ludwigsstraße.

DIE LINKE in Mainz lehnt diese Pläne entschieden ab und warnt vor den massiven Auswirkungen auf den lokalen Einzelhandel, die Arbeitsplätze und die Löhne in der historischen Mainzer Altstadt. Durch folgende Gründe sehen wir uns in unserer konsequenten Haltung bestärkt:

- ➡ der **regionale Einzelhandel** leidet darunter. Wie Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, wird der regionale Einzelhandel durch die großen Einzelhandelsketten verdrängt, die sich in der Shoppingmall niederlassen,
- ➡ **Arbeitsplätze** werden vernichtet und reguläre Beschäftigung wird durch Billiglöhne und 450-€-Jobs verdrängt,
- ➡ der **Mainzer Stadtkasse** gehen dadurch Steuergelder verloren,
- ➡ die **Mainzer Altstadt** wird – wie schon in anderen Städten geschehen – als Lebens-, Freizeit- und Einkaufsort einen Qualitätsverlust erleiden.

Stattdessen setzen wir uns für eine lebendige und sozial ausgewogene Gestaltung der Innenstadt ein. Im Einzelnen fordern wir:

- ▣ eine **moderate Sanierung** des Karstadtgebäudes,
- ▣ der **Erhalt** des traditionellen Platzes auf der Ludwigstraße mit freiem Blick auf den Dom,
- ▣ eine **gemischte Struktur** der Innenstadt bestehend aus Wohnungen, freien Plätzen, Sozial- und Kultureinrichtungen und Geschäften,
- ▣ faire Löhne und sichere **Arbeitsplätze** für die Beschäftigten,
- ▣ die Erhaltung und Sicherung der traditionellen Mainzer **Einzelhändler**,
- ▣ eine ökologisch nachhaltige Ausrichtung des Mainzer **Stadtlebens**.

4. Mehr kommunales Eigentum wagen

Immobilien sind eine wichtige materielle Grundlage für ein kommunales Gemeinwesen. Wer über sie verfügt, hat enormen Einfluss auf Wohnen, Kitas, Kultur, Einkaufen, bürgerschaftliches Engagement, Sport und Bildung. Deswegen gehört der **Immobilienmarkt unter demokratische Kontrolle**.

Eines der Grundprobleme des Mainzer Immobilienmarktes ist seine undurchsichtige, zerklüftete Eigentümerstruktur. Um Gebäude flächendeckend zu sanieren und hohe Umweltstandards etwa im Bereich der energetischen Gebäudesanierung umzusetzen, stellen sich Eigentümerinnen und Eigentümer – insbesondere mächtige Immobiliengesellschaften, die ein klares Profitinteresse verfolgen – oft quer. Wenn Sanierungen erfolgen, dann wird dies oft als Vorwand benutzt, um Mieten drastisch zu erhöhen. Die Einrichtung von Sozialwohnungen oder die Nutzung von Immobilien für kulturelle Zwecke, die keinen Gewinn erwirtschaften sollen, lassen sich Immobilienhaie dagegen von der öffentlichen Hand bezahlen. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Damit muss Schluss sein! **Immobilien, die dem Wohle der Öffentlichkeit dienen sollen, gehören in öffentliche Hand**. Sie sind Grundlage von Wohnen und Leben in Mainz und dürfen nicht der Profitmacherei unterworfen werden. Wenn die Stadt Mainz über mehr Gebäude verfügen könnte, wäre die Bereitstellung von kostengünstigem Wohnraum und Räumen für soziale und kulturelle Projekte, Bürgerhäuser und Mehrzweckanlagen problemlos möglich.

Die gegenwärtigen Probleme des „Schon Schön“ mit den Eigentümern des Allianzhauses illustrieren den Widerspruch zwischen Privatbesitz und öffentlichem Interesse. Mit seiner bunten Mischung aus Discoabenden und Live-Konzerten jenseits der großen Namen erfreut sich der Kulturclub von Beginn an großer Beliebtheit. Nun plant der Eigentümer des „Allianzhauses“, dieses abzureißen und die Fläche mit einem modernen Neubau kommerziell einträglicher zu nutzen. Auch dieser Location droht somit dasselbe Schicksal wie schon so vielen anderen zuvor, nämlich der Entzug der Existenzgrundlage.

Deswegen setzt sich die LINKE dafür ein, eine **Überführung privaten Eigentums, das nicht zum Wohle der Öffentlichkeit genutzt wird**, in öffentliches Eigentum nach dem Vorbild Venezuelas zu prüfen und ggf. durchzuführen. Hierfür bietet die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz in den Artikeln 60 und 61 die Möglichkeit. Dort heißt es in Artikel 60, Satz 2: „Eigentum verpflichtet gegenüber dem Volk. Sein Gebrauch darf nicht dem Gemeinwohl zuwiderlaufen.“

5. Fluglärm macht krank

DIE LINKE setzt sich für eine gesundheits- und umweltfreundliche Verkehrspolitik ein. Den rücksichtslosen Ausbau des Frankfurter Flughafens lehnen wir ab. Der Lärm durch den Frankfurter Flughafen ist für die Mainzerinnen und Mainzer und für das Mainzer Umland unerträglich geworden. Hinzu kommen Kohlenmonoxid, Stickoxide, Feinstaub und vieles mehr. Für das Leben in der Region wird dies von Jahr zu Jahr zu einer immer stärkeren Belastung.

In besonderem Maße sind die Mainzerinnen und Mainzer in Hechtsheim, Weisenau, Laubenheim, der Neustadt, Mombach und der Oberstadt betroffen.

Der uneingeschränkte Ausbau des Flughafens bringt nicht automatisch mehr Wohlstand in die Region. An der Seite von Bürgerinitiativen kämpft DIE LINKE gegen das ungebremsste Wachstum des Flugverkehrs mit den negativen Folgen für Umwelt, Klima und Menschen.

DIE LINKE in Mainz spricht sich nicht grundsätzlich gegen den Flughafen aus. Aber Lärm- und Emissionsminderung müssen vor Profitinteressen gehen.

Im Einzelnen unterstützen wir auf regionaler Ebene folgende Forderungen:

- ▣ die **Schließung der neuen Landebahn**,
- ▣ den Stopp der Planungen für das **Terminal 3**,
- ▣ ein wirksames **Nachtflugverbot** von 22 bis 6 Uhr,
- ▣ die Ausarbeitung der Flugrouten muss in einem **transparenten, öffentlichen, demokratischen und länderübergreifenden Verfahren** erfolgen,
- ▣ eine Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf den **Zugverkehr**.

6. Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten statt privatisieren

Die Kernaufgabe der Kommune ist die kommunale Daseinsvorsorge. Hierzu gehören Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Wohnen, Personennahverkehr aber auch soziale Dienstleistungen wie Gesundheit, Kitas, Altenpflege und Kultur.

Bei der Erbringung dieser Leistungen muss das Gemeinwohl im Mittelpunkt stehen, nicht privatwirtschaftliche Kriterien wie Profit. Die Bürgerinnen und Bürger müssen umfassende Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten auf diese zentralen kommunalen Aufgaben haben. Es zählen Qualität, Kontinuität, akzeptable Preise, Transparenz, freier und gleichberechtigter Zugang und Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsschutz.

DIE LINKE tritt deswegen dafür ein, dass die Verantwortung für diese Bereiche direkt und unmittelbar bei der Kommune liegt, und zwar in der Regel durch Eigenbetriebe und kommunales Eigentum.

Die Bereiche der Daseinsvorsorge müssen direkt und unmittelbar vom kommunalen Selbstverwaltungsorgan – dem gewählten Stadtrat – gesteuert und kontrolliert werden. Dies ist nicht der Fall, sobald kommunale Aufgaben durch Gesellschaften in privater Rechtsform (GmbH, AG) wahrgenommen

werden. Selbst im Fall von durch die Stadt Mainz in die Kontrollorgane solcher Gesellschaften entsandter Aufsichtsräte ist der Stadtrat diesen gegenüber nicht weisungsberechtigt. In Kombination mit der Verschwiegenheits- und Loyalitätspflicht dieser Aufsichtsräte kann von einer direkten Einflussnahme des Stadtrates nicht mehr die Rede sein.

Wir sagen: Schluss mit der Privatisierung!

Die Geschichte der **Wohnbau Mainz GmbH** illustriert dies allzu deutlich: Prestigeprojekte (Markthäuser, Proviantamt usw.), die mit der Aufgabe „Wohnbau“ nichts zu tun hatten, keine Transparenz, mangelnde Kontrolle der von der Stadt entsandten Aufsichtsratsmitglieder mit dem Ergebnis der Beinahe-Pleite der Wohnbau sowie dem Ergebnis, dass der soziale Wohnungsbau in Mainz fast völlig zum Erliegen kam und jetzt ein riesiger Mangel an bezahlbaren Wohnungen besteht.

Das Lehrstück um das **geplante Kohlekraftwerk** hat gezeigt, dass trotz einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und wohl auch der Stadträte die über die Stadtwerke Mainz AG zu 50% der Stadt Mainz gehörende KMW AG unbeeindruckt an ihren Planungen festhielt und sich auch lange Zeit gegen die Auszahlung der angesammelten Investitionsmillionen an die Städte Mainz und Wiesbaden (also die Eigentümer!) gesperrt hat.

Die Diskussion über die MAW (**Mainzer Alten- und Wohnheime gemeinnützige GmbH**) im Herbst 2013 zeigt ein weiteres erschreckendes Ergebnis privaten Wirtschaftens im Bereich der Daseinsvorsorge: Verbunden mit dem Personalwechsel in der Geschäftsführung wird von der Mainzer Ampel wie auch der CDU praktisch ausschließlich darüber diskutiert, wie durch Einsparungen die MAW wieder in die schwarzen Zahlen geführt werden kann – keine Rede von Qualität der Altenversorgung, ausreichender Anzahl an Pflegekräften und guten Arbeitsbedingungen! Diese Art der Reduzierung quantitativ und qualitativ ausreichender Altersversorgung auf betriebswirtschaftliche Ergebnisse lehnt DIE LINKE ab, wie sie auch die Schließung von städtischen Altenheimen in der Vergangenheit abgelehnt hat. Die sozialen Aufgaben müssen im Mittelpunkt stehen.

DIE LINKE im Mainzer Stadtrat hat jede weitere Ausgliederung kommunaler Aufgaben in Unternehmen privatwirtschaftlicher Rechtsform (GmbH, AG) abgelehnt, fordert eine schrittweise Rekommunalisierung aller bereits ausgelagerten Aufgaben und wird dies auch weiterhin mit aller Kraft tun.

Die Gründung der ZBM (**Zentrale Beteiligungsgesellschaft Mainz mbH**) hat die Entmachtung der Politik, nämlich des gewählten Stadtrates, noch weiter getrieben. Auf die eigentlich wirtschaftenden Betriebe, wie unter anderem Wohnbau und MAG, haben nun nicht mehr die Stadträte in ihrer Eigenschaft als Stadträte unmittelbar Einfluss, sondern nur indirekt über ihre Aufsichtsratsposten in der ZBM.

Für Stadträte in solchen Aufsichtsgremien aber gelten Treue- und Schweigepflichten. Die kommunalen Betriebe sind damit von der politischen Willensbildung im Stadtrat praktisch abgekoppelt.

DIE LINKE fordert:

- als **sofortige Schritte** wollen wir die größtmögliche Transparenz und Information über alle Entscheidungen gegenüber dem gesamten Mainzer Stadtrat und der Öffentlich erreichen,
- **mittelfristig** soll der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen im Mainzer Stadtrat ein Konzept erarbeiten, wie die Betriebe in kommunalem Eigentum Schritt für Schritt in Eigenbetriebe der Stadt Mainz mit jeweils eigener Rechnungslegung überführt werden,
- **langfristig** wollen wir, dass die Grundversorgung mit Energie, Entsorgung, Verkehr usw. vollständig in kommunaler Hand verbleibt.

7. Kulturelle Freiräume entwickeln

Kunst und Kultur sind mehr als Kommerz und Großbetrieb. Die Lebensqualität einer Stadt wie Mainz hängt in ganz besonderem Maße davon ab, ob es möglich ist, eigenständig Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Gerade kleine Projekte brauchen Freiräume, um sich entfalten zu können. Das Open-Ohr-Festival ist in freier Trägerschaft, inhaltlich und materiell, auch für die Zukunft sicher zu stellen!

DIE LINKE setzt sich deswegen für eine Kunst- und Kulturszene ein, die jenseits von Regeln und Zwängen alternative Ideen und Projekte leben, erproben und verwirklichen kann.

Alternative Kulturprojekte haben es schwer in Mainz. So musste etwa das **Pengland** in den letzten Jahren immer wieder umziehen. Soziokulturellen Initiativen wie dem **Squat** werden nicht genügend Freiräume angeboten. Teile des Leerstandes in unserer Stadt können und sollen für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Wir fordern, dass die Menschen, die im letzten Jahr das leerstehende Haus in der Oberen Austraße besetzt haben, nicht wie Straftäterinnen und Straftäter behandelt werden. Die **Obere Austraße 7** war zur Zeit ihrer Besetzung ein Paradebeispiel und Experimentierfeld alternativer Kunst und Kultur. Davon legen die vielen Veranstaltungen und Projekte Zeugnis ab.

Wir treten dafür ein, dass die **Kommissbrotbäckerei in der Neustadt** in ein Stadtteil- und Kulturzentrum umgewandelt wird, das sich in unser Konzept einer gemischten städtebaulichen Struktur bestehend aus Wohnen, Kultur, Sozialem und Handel einpasst. Das **Kulturzentrum** (KUZ) muss erhalten bleiben, es darf nicht Ansprüchen von Bewohnerinnen und Bewohnern in Luxusvierteln im **Winterhafen** zum Opfer fallen. In der alternativen Mainzer Kunst- und Kulturszene ist das **Haus Mainusch** unersetzbar. Die **Bar jeder Sicht** leistet als Veranstaltungsort und Begegnungsstätte einen wertvollen Beitrag zur Mainzer Kulturszene und muss unbedingt erhalten bleiben.

Zum kulturellen Leben zählt neben der geistig-kreativen auch körperlich-motorische Entwicklung. Wir setzen uns für die Förderung des **Breitensportes** ein. Das Angebot hierfür muss ausgebaut und darf nicht an den Rand gedrängt werden.

In Einzelnen fordern wir:

- ▣ die Stadt soll **kleine Vereine und Initiativen** bei der Anschaffung von Geräten unterstützen,
- ▣ es müssen ausreichend kostengünstige **Räumlichkeiten** zur Verfügung gestellt werden,
- ▣ Anlagen wie die **Rollschuhbahn** auf dem Goetheplatz müssen schnell und nachhaltig saniert werden,
- ▣ die konkreten Bedürfnisse müssen effizient erfasst werden,
- ▣ in den innerstädtischen Bereichen (Neustadt, Bahnhof, Altstadt, Stadtzentrum) ist **kostenfreies drahtloses Internet (WLAN)** bereitzustellen.

8. Gleiche Teilhabe für Frauen und Männer

Einkommen und gesellschaftliche Teilhabechancen sind ungleich verteilt, vor allem zwischen den Geschlechtern. Für gleichwertige Arbeit werden Frauen beispielsweise durchschnittlich schlechter bezahlt. Dies ist aus unserer Sicht bereits grundgesetzwidrig und muss geächtet und überwunden werden.

Frauen und Männer haben unterschiedliche Bedürfnisse, auf die die Kommune eingehen muss. Wir setzen uns dafür ein, dass

- ▣ für frauenspezifische und mänderspezifische Einrichtungen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich engagieren, mehr finanzielle Mittel aus dem städtischen Haushalt bereit gestellt werden, anstatt durch Kürzung von Zuschüssen ihre Existenz zu gefährden,
- ▣ das Mainzer Frauenhaus wieder mehr Mittel erhält,
- ▣ die flächendeckende Einrichtung von Krippen und Kindertagesstätten es Müttern und Vätern erleichtert, Kindererziehung und Beruf zu verbinden,
- ▣ die kommunalen Frauenbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung gestärkt werden, auch was die personelle Ausstattung angeht,
- ▣ die Frauenbeauftragten in den Fachbereichen der Stadtverwaltung für ihre Tätigkeit angemessen von ihrer Arbeit freigestellt werden,
- ▣ ein stadtweiter Frauenförderausschusses mit Beteiligungs- und Kompetenzrechten gegenüber der Stadtverordnetenversammlung, dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten und der Verwaltung eingerichtet wird.

9. Bildungseinrichtungen ausbauen

Nur durch freien und unentgeltlichen Zugang zu Bildungsmöglichkeiten wird den Bürgerinnen und Bürgern von der Kindheit bis ins Alter die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben sowie der Teilhabe an einer lebendigen und solidarischen Gesellschaft gegeben. Auch auf der kommunalen Ebene können wir dafür etwas tun.

Die Anmeldezahlen des Jahres 2013 haben wieder überdeutlich gezeigt, dass Mainzerinnen und Mainzer wollen, dass ihren Kindern an Integrierten Gesamtschulen ein breites Bildungsangebot und die Möglichkeit zum Erreichen aller drei Schulabschlüsse offensteht. Die Realschule plus als „Gesamtschule light“ ohne die Möglichkeit zum Erreichen des Abiturs findet hingegen keine ausreichende Akzeptanz. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört es für uns unabdingbar dazu, dass sich Kindererziehung und Berufstätigkeit nicht gegenseitig ausschließen dürfen. Dafür fehlen in Mainz jedoch Angebote zur Ganztagsbetreuung, etwa im Rahmen der „Betreuenden Grundschule“, die in den meisten Fällen auf Initiative der Eltern gewährleistet werden muss

Im Stadtrat werden wir uns daher in den kommenden fünf Jahren verstärkt für folgende Ziele einsetzen:

- ▣ Die Stadtverwaltung soll sich dafür einsetzen, dass Mainz eine **vierte IGS** bekommt. Als Standort für diese käme insbesondere die Mainzer Neustadt in Frage. Auch die Gymnasien würden dadurch entlastet werden.
- ▣ Langfristig wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, dass alle Mainzer „Realschulen plus“ sowie die Gymnasien **schrittweise zu Integrierten Gesamtschulen umgewandelt** werden. Im Sinne einer wirklich demokratischen Kommune müssen Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte dabei aber immer in die Entscheidungsprozesse mit eingebunden werden.
- ▣ Ein **flächendeckendes und hochwertiges Angebot an Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten** für alle Kinder von der Grundschule bis zur Sekundarstufe I bereitzustellen, ist für uns daher selbstverständliche Verpflichtung einer sozialen Kommune.

Themen wie Jugendarbeitslosigkeit oder auch Jugendkriminalität bewegen viele Menschen in unserer Stadt. Eine intensive und vernetzte Sozialarbeit an den Schulen hilft Jugendlichen bei einem erfolgreichen Start ins Leben. **Eine Vernetzung von Schulsozialarbeit, Stadtteilsozialarbeit, Jugendhilfe und freien Trägern ist aber nur bei ausreichender personeller Ausstattung aller beteiligten Institutionen möglich.** Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern müssen dabei sichere Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden.

Die Kita-Gesetzgebung in Rheinland-Pfalz gilt bundesweit als vorbildlich. Jedem Kind ab zwei Jahren steht ein Betreuungsplatz zu. Umgesetzt werden müssen die Gesetze jedoch vor Ort. Wichtig für uns ist nicht nur, dass ausreichend Plätze zur Verfügung gestellt werden, **Kinder mit Migrationshintergrund sollten auch die Möglichkeit haben, eine Kita zu besuchen, die auf ihren sprachlichen, religiösen und kulturellen Hintergrund eingehen kann.** Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass allen Kindern ein kostengünstiges bzw. kostenloses, gesundes und ausgewogenes Mittagessen zur Verfügung gestellt wird.

10. Die Verkehrswende einleiten: umweltfreundlich und sozial

DIE LINKE in Mainz setzt sich für eine nachhaltige, moderne, umweltfreundliche und soziale Verkehrspolitik ein. Der Öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut und Jeder und Jedem zugänglich gemacht werden. Umweltfreundliche Verkehrsformen wollen wir fördern. Lärmschutz und eine Absenkung von Feinstaubbelastung sind unabdingbar für eine zukunftsfähige Verkehrsstruktur. Der überdimensionierte motorisierte Individualverkehr ist in dichten Ballungsgebieten wie Mainz eine Belastung für Mensch und Umwelt. Gerade Menschen mit geringen Einkommen sind davon besonders betroffen.

Eine sinnvolle Lösung liegt in der Verringerung des individuellen Autoverkehrs in den Innenbereichen der Stadt. Seine Zukunftsfähigkeit ist aufgrund von begrenzten globalen Energiereserven grundsätzlich in Frage zu stellen. Für den Personentransport innerhalb der Städte ist der Öffentliche Nahverkehr in Form von Bus und Bahn in Verbindung mit nicht-motorisierten Formen des Individualverkehrs (Fuß und Rad) sehr viel gesünder, kostengünstiger und umweltfreundlicher.

Die Stadt Mainz ist durch den Straßenverkehr stark belastet. Dabei weist Mainz weiterhin große Potentiale für eine Verkehrswende auf. Kurze Wege in der Innenstadt sowie die kleinteilige Stadtstruktur ermöglichen eine Ausweitung von Bus und Bahn. Das allabendliche Verkehrschaos kann dadurch abgefedert werden. Der Weg von der Wohnung zum weit entfernten Parkplatz ist oft länger als der Fußweg zur nächsten Bushaltestelle. Durch die Nähe und gute Anbindung an Wiesbaden und Frankfurt wird das Pendeln mit Bus und Bahn zusätzlich begünstigt.

Ein Umdenken hat in der Mainzer Bevölkerung längst stattgefunden. Immer mehr Menschen sehen Alternativen zu Lärm, Staub, Stau und Auto. Dieses Umdenken muss nun einhergehen mit einem Umsteuern in der Verkehrspolitik.

Daher fordern wir kurzfristig:

- ▣ preisliche Anreize für eine verstärkte ÖPNV-Nutzung (Senkung der Preise für Monats- und Jahreskarten),
- ▣ die Einführung eines bezahlbaren Sozialtickets,
- ▣ den deutlichen Ausbau und die Verdichtung des Verkehrsnetzes des ÖPNV,
- ▣ Verkürzung und bessere Abstimmung der Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel,
- ▣ damit einhergehend eine verbesserte Anbindung der Vororte und umliegenden Gemeinden an das Mainzer Verkehrsnetz,
- ▣ die Unterstützung von Maßnahmen, die Carsharing erleichtern,
- ▣ die Ergänzung des in Mainz praktizierten Sternverkehrs, bei dem fast alles über den Hauptbahnhof läuft. Von einem erweiterten Konzept, das die äußeren Stadtteile und Vororte auch direkt miteinander verknüpft, würden nicht zuletzt die Studierenden profitieren,
- ▣ den Ausbau des bereits existierenden Leihradprogramms und die Schaffung preislicher Anreize für dessen Gebrauch.

Zur schrittweisen Schaffung einer autoentlasteten Mainzer Innenstadt fordern wir **langfristig** eine Diskussion über folgende Maßnahmen:

- ▣ das Konzept einer **Flatrate** in Form einer monatlichen Abgabe für alle Bewohnerinnen und Bewohner zur Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs ohne Fahrkarten,
- ▣ die Einführung einer **Citymaut nach Londoner Vorbild**. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mainz sowie Dienstleister erhalten die Mautplakette kostenlos zugestellt,
- ▣ **Busspuren** auf allen großen Verkehrsadern, um weitere Anreize zur Verwendung des ÖPNV zu schaffen und dessen Zuverlässigkeit zu sichern,
- ▣ **verkehrsberuhigte Sonntage**,
- ▣ eine **Geschwindigkeitsbeschränkung** auf 30 km/h in der Innenstadt,
- ▣ um den Automobilverkehr ideal zu entlasten, könnte eine **Lieferserviceeinrichtung** geschaffen werden, um etwa Einkäufe zu transportieren.

Erfolgt die Verkehrswende vor Ort, wird die Stadt Mainz für alle Bewohnerinnen und Bewohner lebenswerter. Auch wirtschaftlich wäre viel zu gewinnen, denn eine Stadt, in der nur noch Busspuren und Straßenbahnen benötigt werden, spart viel Geld im Straßenbau. Der Einzelhandel wird gestärkt und viel Platz wird für Wohnflächen oder Parkanlagen frei.

All diese Überlegungen bedeuten für uns: die Verkehrswende wird zum nächsten großen Zukunftsthema. Mainz hat die Chance, dabei eine Vorreiterrolle einzunehmen. Zum Wohle der Umwelt und aller hier Wohnenden!

11. Energie in Bürgerhand

Wie auch bei den Mieten steigen die Kosten für die Stromversorgung in den letzten Jahren drastisch und werden zur Last für viele Einwohnerinnen und Einwohner. Obwohl die Herstellkosten für Ökostrom fallen und auch die Vergütungen planmäßig abnehmen, wird für diese Entwicklung von allen Seiten die Energiewende verantwortlich gemacht. Gleichzeitig gelingt es aber den vier großen überregionalen Energieanbietern aufgrund ihrer Marktdominanz, immer größere Gewinnmargen durchzusetzen.

In vielen Kommunen regt sich Widerstand dagegen, dass mit der Privatisierung der Grundversorgung mit Strom Profite auf dem Rücken der Einwohnerinnen und Einwohner erzielt werden. Kommunen wollen ihre Netze von den Monopolisten zurückkaufen, so geschehen im Dezember 2013 mit dem Rückkauf der „EON Mitte“ durch die Stadt Göttingen sowie 12 Landkreise in Hessen, Thüringen, NRW und Niedersachsen. In Berlin stimmten im November 2013 83% für den Rückkauf des Stromnetzes durch die Stadtwerke – leider wurde die erforderliche Wahlbeteiligung knapp verfehlt.

Andere Kommunen werden initiativ, um auch wieder einen Teil der Stromerzeugung in kommunale Regie zu übernehmen, so z.B. sechs Kommunen in NRW mit dem Kauf der Mehrheit der STEAG. Die LINKE unterstützt solche Initiativen und fordert:

- **mehr Energie in Bürgerhand!**

- Die geringe Kapitalintensität von Solar- und Windanlagen bedeutet, dass sich diese perfekt für eine dezentrale Produktionsweise eignet, was zu Vielfalt und günstigeren Preisen führt. Die Stadt Mainz soll dies durch Unterstützung des Ausbaus erneuerbarer Energieproduktion vor Ort durch günstige Kredite und Beratungsangebote vorantreiben,

- die Stadtwerke Mainz AG oder eine ihrer Tochtergesellschaften muss wieder als **Stromanbieter** (nicht nur als Netzbetreiber) auftreten,

- alle Stromanbieter, die das Mainzer Netz verwenden, sollen einen **Sozialtarif** anbieten. Stromsperrern dürfen nicht erfolgen.

12. Eine soziale Finanzpolitik

Die Verschuldung der Stadt Mainz beträgt über 1 Milliarde Euro – ohne Berücksichtigung der Verbindlichkeiten der stadtnahen Gesellschaften. Angesichts dieses Betrages ist die bisher erreichte Reduzierung der Neuverschuldung nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Auch der kleine Haushaltsüberschuss 2013 beruhte lediglich auf dem Einmaleffekt einer Doppelauszahlung aus dem Entschuldungsfonds und bleibt damit insgesamt wirkungslos.

In dieser ungünstigen finanziellen Ausgangslage schränkt der **Kommunale Entschuldungsfonds** (KEF) die Stadt Mainz noch weiter ein. Die Idee, Investitionen zu fördern, ist zwar grundsätzlich begrüßenswert, die Umsetzung mit dem KEF hat allerdings katastrophale Auswirkungen auf die Lebensqualität in Mainz und anderen Kommunen – Sparen hat hierbei oberste Priorität, selbst wenn das bedeutet, dass sich die Kommunen durch die Teilnahme am KEF kaputtsparen müssen.

Die bisherigen Mehrheitsfraktionen haben deutlich gemacht, wer die Konsequenzen dieser Spardoktrin zu tragen hat: die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mainz, insbesondere die sozial sowieso schon Benachteiligten. Die Erhöhung der Hunde- und Gewerbesteuer belastet Geringverdiener und

Erwerbslose am meisten, die Kürzung der Ausgaben für die Stadtbibliothek spüren vor allem diejenigen, die sich Bücher nicht leisten können und die Abwicklung des SPAZ trifft gerade die Menschen, für die der Zugang zum Arbeitsmarkt bereits erschwert ist.

Ganz im Gegensatz zu dieser rigorosen Sparpolitik bei den sozialen Leistungen sind Ausgaben für Großprojekte, von denen die Einkommensschwachen am wenigsten profitieren, für Ampel und CDU kein Problem.

DIE LINKE in Mainz lehnt eine Politik auf Kosten der Lebensqualität der Mainzer Bürgerinnen und Bürger ab. Wir setzen uns für eine Finanzpolitik ein, von der alle in Mainz lebenden Menschen profitieren.

Daher fordern wir auf **kommunaler Ebene**:

- den sofortigen **Stopp weiterer Kürzungen**, wie sie etwa im Rahmen der Debatte zum Doppelhaushalt 2013/14 vom Finanzdezernenten Beck vorgeschlagen wurden,
- **Investitionen** in soziale Projekte wie z.B. das Sozialticket, Schulen und Kitas,
- der **Ausverkauf** der Kommune muss **gestoppt** werden. Wir setzen uns entschieden dagegen ein, dass Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert werden,
- die Einführung eines **Bürgerhaushaltes**, damit die Mainzer Bürgerinnen und Bürger stärker an der kommunalen Haushaltspolitik beteiligt werden.

Alleine durch Maßnahmen auf kommunaler Ebene lässt sich die Verschuldung der Stadt Mainz allerdings nicht abbauen. Wie in Mainz kämpfen viele Kommunen in Deutschland mit einer hohen Verschuldung – ohne diese selbst verursacht zu haben. Die Ursachen sind vielmehr in der fehlgeleiteten Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierungen zu suchen. Durch die in den letzten Jahrzehnten durchgesetzten Steuererleichterungen für Konzerne und Vermögende, die mit Einnahmeverlusten der Kommunen einhergingen sowie durch die Aufgabenerweiterungen der Kommunen ohne finanziellen Ausgleich (Verletzung des Konnexitätsprinzips), verringerten sich die Einnahmen der Kommunen immer stärker. Gleichzeitig sind die Ausgaben insbesondere im sozialen Bereich gestiegen.

Diese Ausgaben und Einnahmen können durch die Kommunen nur schwer gesteuert werden. Deshalb ist eine Änderung der Politik auf Bundesebene dringend erforderlich.

Wir fordern als Soforthilfen für die Kommunen:

- Die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den Bund und die Länder, um den Kommunen mit ihren eigenen Einnahmen mehr Handlungsfreiheiten zu ermöglichen,
- eine Entschuldung der Kommunen durch die Bundesregierung,
- Konjunkturprogramme für die Kommunen, um notwendige Investitionen möglich zu machen.

Um die Finanzierung der Kommunen auch **mittel- und langfristig zu sichern**, fordern wir:

- die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer **Gemeindefischsteuer**, bei der die Steuerpflicht auf Selbstständige und Freiberufler erweitert sowie die Bemessungsgrundlage durch das Hinzurechnen von Schuldzinsen, Mieten, Pachten und Leasingraten ausgedehnt wird. Dabei ist der Freibetrag auf 30.000 Euro zu erhöhen,
- die Einhaltung des **Konnexitätsprinzips**: Wenn der Bund oder die Länder Aufgaben an die Kommunen übertragen, müssen sie auch die finanziellen Mittel zu deren Umsetzung zur Verfügung stellen („Wer bestellt, bezahlt.“),
- die **Zurücknahme der Schuldenbremse**, da sie die Gestaltungsspielräume von Bund und Ländern zu sehr einschränkt,
- die Wiedereinführung der **Vermögensteuer** im Sinne einer gerechteren Steuerpolitik.

13. Der Kommunale Einwohnerhaushalt

DIE LINKE setzt sich für mehr Demokratie und Mitbestimmung ein. Deswegen fordern wir die Einführung eines Kommunalen Einwohnerhaushaltes.

Beim Kommunalen Einwohnerhaushalt werden die Einwohnerinnen und Einwohner an der Planung der frei verfügbaren Mittel im Haushalt der Stadt Mainz aktiv beteiligt. Die Einwohnerinnen und Einwohner entscheiden mit, was mit den Haushaltsmitteln geschieht und welche Prioritäten gesetzt werden sollen, z. B. darüber:

- wie gepflegt unsere Parks und Grünanlagen sind,
- wie Sport- und Spielstätten ausgestattet werden,
- welche Angebote wir für Senioren und Jugendliche bereithalten,
- wie die Angebote von Musik- und Volkshochschulen oder der städtischen Büchereien aussehen.

Auch bei der Planung bestimmter Bauinvestitionen wie z. B. zur Straßen- und Gehweggestaltung, bei Sport- und Freizeiteinrichtungen, soll ein Mitwirkungsrecht eingeräumt werden. Unser Ziel ist dabei auch, dass der Haushalt verständlich und nachvollziehbar aufbereitet wird. Außerdem sollen die Ortsverwaltungen zukünftig ihre eigenen finanziellen Mittel erhalten, die für Stadtteilprojekte eingesetzt werden können.

14. Mehr Einwohnerbeteiligung und Mitwirkungsrechte

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass mittel- und langfristige kommunale Planungen im Vorfeld mit den Einwohnerinnen und Einwohner entwickelt, beraten und entschieden werden. Einwohnerbegehren und Einwohnerentscheide müssen zu allen Fragen, zu denen kommunale Vertretungen Entscheidungen treffen können, zulässig sein und von allen betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner, auch aus Nicht-EU-Staaten, als demokratisches Mittel genutzt werden können.

Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte für Kinder und Jugendliche

DIE LINKE setzt sich ein für eine echte Partizipation, die Kinder und Jugendliche bis hin zum Entscheidungsprozess einbezieht. Dazu gehören für uns:

- eine aktive Informations- und Kommunikationsstrategie der kommunalen Gremien,
- die Konsultation und Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Entscheidungen,
- die Förderung und Unterstützung eigenverantwortlicher demokratischer Initiativen (Kinder- und Jugendparlamente und/oder -beiräte).

DIE LINKE setzt sich für die Verwendung offener Softwarestandards und freier Software in der Verwaltung und den Schulen der Stadt Mainz ein.

Dies ist nicht nur aufgrund der hohen Kosten von Lizenzgebühren bei proprietärer Software notwendig, sondern auch aus Gründen des Datenschutzes. Wir möchten eine Diskussion darüber anregen, welche Möglichkeiten sich der Stadt Mainz bieten, eine Umstellung zu vollziehen und welche freie Software dafür am besten geeignet ist.

15. Eine weltoffene und bunte Stadt

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, eine ansteigende Zahl rechter Straf- und Gewalttaten sind eine zunehmende Bedrohung für das demokratische Gemeinwesen. Längst warnen zahlreiche Untersuchungen vor einer sich einschleichenden Toleranz gegenüber rechtsextremem Gedankengut sowie intoleranten Einstellungsmustern in Teilen der Bevölkerung.

Aus Sicht der LINKEN ist es demnach unabdingbar, Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken und demokratische Werte und Normen zu verteidigen. DIE LINKE in Mainz appelliert an alle demokratischen Kräfte unserer Stadt, die gemeinsame **Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus** auch künftig wahrzunehmen und breite zivilgesellschaftliche antifaschistische Bündnisse auf allen Ebenen gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bilden.

Aktionstage und andere Events können Menschen sensibilisieren, informieren und Impulse geben. Die dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ist allerdings konkret und geschieht vor Ort – im Sport, in der Schule, im Stadtrat. Die Auseinandersetzung muss nicht nur gegenüber organisierten Rechtsextremen, sondern auch gegen Alltagsrassismus und Vorurteile geführt werden. Der Beratungsbedarf kommunaler Akteure durch Fachträger, Expertinnen und Experten ist hoch.

Das bedeutet letztendlich für DIE LINKE in Mainz, den Strukturen, Vereinen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe stellen, dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die **Finanzierung gewachsener Strukturen und bewährter zivilgesellschaftlicher Modelle** muss daher langfristig abgesichert werden und darüber hinaus bei der Bildung neuer Netze unterstützend wirken.

16. Eine menschenwürdige Asylpolitik

Wir treten für die **Gleichberechtigung aller Menschen** ein – dies gilt auch für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Gerade in diesen Personengruppen sind jedoch viele von massiven Einschränkungen in ihrer Lebensqualität betroffen. So leben Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in ständiger Angst, von den Behörden entdeckt zu werden. Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz haben keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu gesundheitlicher und psychosozialer Versorgung. Asylsuchende werden oft in abgelegene Sammelunterkünfte ausgelagert, wodurch sich die Gefahr der Ghettoisierung und Stigmatisierung erhöht. Für DIE LINKE ist ein derartiger Umgang mit Menschen nicht hinnehmbar.

Deshalb setzen wir uns dafür ein,

- ▣ die ärztliche und psychosoziale Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu gewährleisten. Zu diesem Zweck sind Initiativen wie Medinetz Mainz e.V. zu unterstützen,
- ▣ Jedem und jeder Asylsuchenden das Recht auf einen eigenen Wohnraum zu gewähren. Asylheime dürfen nur eine kurzfristige Übergangslösung darstellen. Bis zu einer vollständigen dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen im Mainzer Stadtleben müssen die Gemeinschaftsunterkünfte in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zu einem menschenwürdigen Lebensraum weiterentwickelt werden. Um

- eine stärkere Inklusion zu fördern, könnte eine Mischnutzung, z.B. durch integrierte Gaststätten oder Ateliers in Erwägung gezogen werden,
- ▣ kostenlose Deutschkurse durch qualifiziertes Fachpersonal anzubieten,
- ▣ Flüchtlingen die Fahrtkosten zu der Anhörung im Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Trier zu erstatten,
- ▣ mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung zu beschäftigen, um die Sensibilität der Verwaltung in Migrationsfragen zu erhöhen,
- ▣ das kommunale Wahlrecht für alle Personen, die seit mindestens zwei Jahren in Deutschland leben, zu ermöglichen, um auch Menschen, die keine EU-Bürger sind, an den Prozessen in der Kommune zu beteiligen.

Damit die Rechte von Flüchtlingen gewahrt werden können, fordern wir darüber hinausgehend auf Bundesebene:

- ▣ die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl,
- ▣ für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus die Menschenrechte zu gewährleisten und eine Legalisierung ihres Aufenthaltes zu ermöglichen,
- ▣ die vollständige Aufhebung der Residenzpflicht, die das Recht der Flüchtlinge auf Bewegungsfreiheit einschränkt,
- ▣ eine dauerhafte Beteiligung an dem Resettlement-Programm des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR),
- ▣ eine Arbeitserlaubnis ohne Einschränkungen,
- ▣ die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Als Alternative fordern wir die rechtliche Gleichstellung von Asylsuchenden und Deutschen,
- ▣ die Schließung aller Abschiebegefängnisse in Deutschland.

17. Ein friedliches Mainz

Wir wollen eine Kommune, die sich friedenspolitischen Zielen verpflichtet. Die Bundeswehr darf nicht als „Hilfspolizei“ eingesetzt werden. Aufgaben von Militär und Polizei sowie Militär und zivilem Katastrophenschutz sind strikt zu trennen. DIE LINKE wendet sich dagegen, dass die einschlägigen Verfassungsbestimmungen seit Jahren unterlaufen werden mit dem Ziel, die Präsenz der Bundeswehr im Inneren schleichend aber kontinuierlich zum Alltag werden zu lassen.

Ein Einfallstor für die Militarisierung im Inneren ist die so genannte zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ). Angeblich geht es dabei um die Unterstützung von zivilen Behörden bei Katastrophen. Tatsächlich werden der zivile Katastrophenschutz und der militärische Zivilschutz, der für den Kriegsfall gedacht war, zusammengelegt.

Das Land hat mit der Bundeswehr eine „Rahmenvereinbarung“ getroffen, damit herausgeputzte Soldaten im Rahmen des Unterrichts Kinder und junge Menschen manipulieren. Seitdem wird auch an Mainzer Schulen für die Bundeswehr und damit auch für ihre völkerrechtswidrigen Angriffskriege geworben. Unsere Kinder und Jugendlichen können sich nicht gegen diese Werbemaßnahmen durch geschulte Propaganda-Offiziere wehren, weil dies Teil des Unterrichts ist.

Dies stellt für DIE LINKE einen skandalösen Missbrauch der Schule dar. Schülerinnen und Schülern den Krieg als vollkommen selbstverständliches und legitimes Mittel der Politik vorzustellen, ist inakzeptabel. DIE LINKE stellt sich gegen jede Form der Verherrlichung von Krieg.

Deshalb bei der
Europa- und Kommunalwahl
am 25. Mai:



Für ein
soziales Mainz.

www.dielinke-mz.de